

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 4. Obmänner-Konferenz vom 19. August 1914.

Vorsitz: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.

Anwesende: Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und
Rain, Gem.-Räte Steiner, Schmid, Dr.
Schwarz-Hiller, Dr. Granitsch, Dr.
Loewenstein, Reumann und Winarsky,
Magistrats-Direktor Dr. Weiß.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Entschuldigt: Gem.-Rat Leitner.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die
Sitzung.

Nach Verlesung des Protokolles über die Obmänner-
Konferenz vom 12. August 1914 durch Magistrats-Sekretär
Böttger wird das Protokoll ohne Einwand verifiziert.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtet über die von
ihm auf Grund der Beschlüsse der letzten Obmänner-Konferenz
unternommenen Schritte.

Beim Kriegsminister habe er erreicht, daß der Lokalverkehr
bis St. Pölten aufgenommen wurde, ebenso sei auf der Linie
Auerstal—Stammersdorf der alte Fahrplan im vollen Umfang
aktiviert worden.

Aus den von Österreich besetzten Gebieten in Rußland
könne zollfrei Getreide eingeführt werden.

Bezüglich des Moratoriums habe er nichts mehr veran-
lassen können, da die Angelegenheit bereits erledigt war; die
Erlassung einer Kundmachung an die Hausbesitzer habe er vor-
läufig unterlassen, da dem unbedeutenden Notstande durch
friedensrichterliche Intervention entgegengetreten wurde.

In der Donauregulierungs-Kommission sei ein Antrag
gestellt worden, einen Betrag von 400.000 K für Notstands-
arbeiten zu bewilligen. Er habe jedoch einen Betrag von drei
Millionen beantragt, welcher Antrag einstimmig angenommen
wurde.

Bezüglich der Durchführung staatlicher Bauten sei ihm
seitens des Arbeitsministeriums das weitestgehende Entgegen-
kommen in Aussicht gestellt worden.

Gegen die Verwendung von Schülern zu verschiedenen
Diensten in Ämtern zc. habe er energisch Stellung genommen;
es müßte überhaupt getrachtet werden, daß der Schulbeginn wie
sonst durchgeführt werde. Er habe an die Bezirksschulinspektoren
die Aufforderung gerichtet, unverzüglich zu berichten, wie der
regelmäßige Schulunterricht durchgeführt werden könne, sei es
im Halbtagsunterricht, im Wechselunterricht oder auf andere
Weise.

Wenn auch der Unterricht nicht lehrplanmäßig durchgeführt
werden könne, so müsse doch die Schuljugend beschäftigt werden,
um der durch die Kriegsverhältnisse auftretenden Verrohung in
energischer Weise zu steuern.

Der Bürgermeister erklärt, er werde in der nächsten
Sitzung hierüber Bericht erstatten.

Die Konferenz gibt zu diesem Vorgange ihre Zustimmung.
Über Aufforderung des Bürgermeisters erklärt Gem.-Rat
Schmid, die Betreibung der Aufnahme des regelrechten Schul-
beginnes in den Mittelschulen beim Landes-Schulrate zu über-
nehmen.